

ein Calm
1931
ntlicher
maier
stand
ganz be-
Landwirte.
ch können
er gerichtet
nden.
usjchüß.
lag
pe
ger"
in
Calw.
zert
en)
8 Uhr
träge
0 Pig.
Zwecke
en
de
ten,
Art
ben
bar entgegen-
enhaus.

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigentell:
die Seite 20 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Seite 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Plakatschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Gesetzlich
für beide Teile ist Calw



Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei

Nr. 290

Freitag, den 11. Dezember 1931

Jahrgang 104

Minister Dietrich über die Finanzlage des Reiches

Der Reichshaushalt über den 1. Januar hinaus gesichert

Die Gesamtverschlechterung der Reichsfinanzen beträgt etwa 2,5 Milliarden

— Berlin, 11. Dez. Im Haushaltsausschuss des Reichstages hat am Donnerstag Reichsfinanzminister Dietrich den mit Spannung erwarteten Ueberblick über den Stand der Reichsfinanzen gegeben. Der Minister wies eingangs darauf hin, daß der durch die Notverordnung vom Juni ds. Jrs. ausgeglichene Reichshaushalt durch die Bankkrisen, die Weltwirtschaftskrise, sowie die damit zusammenhängende starke Schrumpfung der deutschen Binnenwirtschaft erneut gestört worden ist. Durch den Bankenkrah sind im Juni fast 200 Millionen RM. verloren gegangen, im September sind trotz vorübergehender Besserung im August neue große Steuerverluste aufgetreten, worauf der Haushalt erneut berichtigt worden ist. Nach dem heutigen Stand der Dinge ist das Steuer- und Zollaufkommen um 1714 Millionen heruntersgesetzt worden, die zum Teil dem Reich, zum Teil aber auch den Ländern und Gemeinden entzogen wurden. Dazu sind 764 Millionen RM. neue Ausgaben gekommen. Sie verteilen sich fast reiflos auf 485 Millionen Reichsmark zur Erhöhung der Mittel der Krisenfürsorge, 230 Millionen RM. Zuschüsse an die Gemeinden für die Wohlfahrtsverbandsfürsorge und 47 Millionen RM. für Zahlungen an die Knappschaftsversicherung. Die Gesamtverschlechterung des Haushalts beträgt 2,5 Milliarden RM.

Durch Steuer- und Zollerhöhungen wurden 688 Millionen RM., durch die Reparationserleichterungen 784 Millionen RM., durch die Verringerung der Steueranteile der Länder 680 Millionen RM., durch Ausgabeabsätze 271 Millionen RM., durch Erhöhung der Postablieferung infolge der Gehaltskürzung 49 Millionen Reichsmark, durch Erhöhung der Verwaltungseinnahmen 6 Millionen RM. ausgeglichen, zusammen rund 2473 Millionen Reichsmark. Es entfallen von den Einnahmeverlusten 1250 Millionen auf die Besitz- und Verkehrssteuern, 464 Millionen auf die Zölle und Verbrauchsabgaben.

Der Minister hob dann weiter hervor, es muß damit gerechnet werden, daß die Steuer- und Zolleinnahmen um weitere 200 Millionen Reichsmark sinken. Es steht, wie er erklärt, außerdem fest, daß die für den Verkauf vorgesehenen 150 Millionen RM. Reichsbahnvorsorgeaktien nicht unterzubringen sind. Dazu treten 50 Millionen RM. Haushaltsüberschreitungen für Winterhilfe usw., so daß ein erneuter Fehlbetrag von etwa 400—500 Millionen RM. eintritt. Ein Teil davon wird aus dem Mäzgewinn mit 170 Millionen gedeckt, 60 Millionen durch Sparmaßnahmen, 50 Millionen durch neue Gehaltskürzung und 120 Millionen durch erhöhte Umsatzsteuer für Januar und Februar. Durch die Vorverlegung der Einkommensteuervorauszahlungen um einen Monat werden weitere 50 Millionen gewonnen.

Es ist, wie der Minister weiter hervorhob, anzunehmen, daß die Besitz- und Verkehrssteuern 1931 auf 5,1 Milliarden sinken werden. Dagegen ist bei den Zöllen und Verbrauchssteuern mit einem Eingang von 3,1 Milliarden, auf Grund der vielen Erhöhungen also mit einer Steigerung zu rechnen. Die Verminderung der Ausgaben um 2,8 Milliarden besteht in der Reparationserleichterung in Höhe von 1250 Millionen, in dem Rückgang der Steueranteile um 700 Millionen, in den Ausgabeentlastungen von 650 Millionen. Der Minister betonte, daß von den Kriegslasten, von den Ueberweisungen an die Länder und von Ausgaben für die

Erwerbslosenfürsorge abgesehen und ohne den erhöhten Schuldendienst, der schließlich auch auf den Krieg zurückzuführen ist, der Reichshaushalt für 1931 keine wesentlich größere Ausgabe aufweist als der von 1913, obwohl 440 Millionen für Sozialauswendungen außerhalb der Arbeitslosenunterstützung darin enthalten sind. Der Minister hob weiter hervor, daß man mit der Arbeitslosenversicherung durchkomme und daß es auch bei der Krankenversicherung keine großen Sorgen geben wird. Dagegen bereitet die Invalidenversicherung Sorge, weil die Flüssigmachung der Reserven schwierig ist. Ähnlich liegt es bei der Unfallversicherung.

Die Beamtenbesoldung ist durch die verschiedenen Notverordnungen um über 20 v. H. gekürzt worden. In den unteren Besoldungsgruppen hat der Beamte im Vergleich zu 1913 nur noch den Kinderzuschlag mehr als früher trotz der wesentlich teurer gewordenen Lebenshaltung. Bei den mittleren Besoldungsgruppen ist das Durchschnittseinkommen gegen 1913 auf 96 v. H. und bei den höheren Besoldungsgruppen auf 88 v. H. gesunken. Wir haben uns, so erklärte Dietrich, zu diesen harten Maßnahmen aus der Zwangslage heraus entschließen müssen, um der Gefahr zu begegnen, daß hier oder dort die Gefährter überhaupt nicht gezahlt werden könnten.

Seit November vorigen Jahres haben wir nicht einen Pfennig mehr im Ausland oder Inland geborgt. Wir haben uns trotzdem durchgeschlagen und konnten sogar bedrängten Ländern zu Hilfe kommen. Die Ueberbrückung des 1. Januar ist gesichert. Wir werden unseren Zinsverpflichtungen reiflos nachkommen. Es wird alles darauf ankommen, die Zahlungsfähigkeit des Reichs aufrecht zu erhalten, damit das Kreditgeld der Welt wieder ausgerichtet werden kann. Die Voraussetzung dafür ist ein geordneter Haushalt. Es wird möglich sein, wenn auch mit Sorge und Wehen, die Reichsfinanzen durchzuhalten. Der Minister gab dann noch Auskunft über die Stützungsaktion des Reiches bei dem von Zusammenbruch bedrohten Banken. Die Steueramnestie habe nach anfänglichen Schwierigkeiten einen ansehnlichen finanziellen Erfolg für den Steuerfiskus gebracht. Die Tätigkeit des Bankkommissars habe zunächst zu einem positiven Ergebnis in der Zinsfrage geführt. Es werde weiter vorgegangen werden auf dem Wege, die überhöhten Zinsen durch Vereinbarung weiter abzubauen.

Der Aeltestenrat für Mittwoch einberufen
Der Aeltestenrat des Reichstages ist für Mittwoch, den 16. Dezember, einberufen worden. Zur Beratung stehen Anträge auf Reichstagsdienereinbarung.

Vorhandssitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion
Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hielt gestern nachmittag eine Sitzung ab, in der die politische Lage erörtert wurde. Es wurde übereinstimmend festgestellt, daß wesentliche Bestimmungen der Notverordnung und insbesondere diejenigen, die die Lohnsenkungen betreffen, gegen die eindringlichen Warnungen und den schärfsten Widerspruch der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion erlassen worden seien. Der Fraktionsvorkand hat sich ferner mit den politischen und wirtschaftlichen Folgen beschäftigt, die durch eine Entscheidung der Reichstagsfraktion für oder gegen die Einberufung des Reichstages herbeigeführt werden würden.

Brüning vor der Auslandspresse

U. Berlin, 11. Dez. Reichskanzler Brüning hat gestern in Berlin die Berichterstatter der ausländischen Presse empfangen. Er erwähnte „gewisse Interviews“, die kürzlich der ausländischen Presse gegeben worden seien und betonte, daß die Regierung mit der größten Energie dafür sorgen werde, daß die geziemliche und verfassungsmäßige Regierung in Deutschland an der Macht bleibe. Wenn die Welt der Ansicht sei, daß der Nationalsozialismus in Deutschland eine so große Gefahr für sie sei, dann müsse sie auch anerkennen, daß diese Gefahr nicht existieren würde, wenn man Deutschland diejenige Unterstützung und diejenige Hilfe zuteil werden ließe, die man Deutschland wenn aus keinen anderen Gründen, so doch aus Gründen der Menschlichkeit leisten sollte.

Weiter sprach der Reichskanzler über die Notverordnung und gab als ihre Hauptursache die Deflation an. Mit harter Betonung widersprach er der Behauptung, daß die deutsche Regierung Staatskapitalismus oder Planwirtschaft betriebe. Ihre Absicht sei lediglich, eine Verkrampfung der Wirtschaft zu vermeiden, die zu Staatswirtschaft oder Planwirtschaft führen könnte. Wir seien auf

dem besten Wege, daß jedes Land für sich seine eigene Finanz- und Wirtschaftspolitik treiben werde. So gingen die Dinge nicht mehr weiter.

Von besonderer Bedeutung waren die Erklärungen Brüning's über die Reparationsfrage, zu der er u. a. sagte: In dem Augenblick, wo Deutschland nichts mehr geliehen bekommt und die Reparationen durch Warenüberschuss bezahlt muß, werden die Reparationszahlungen entweder die ganze Weltwirtschaft durcheinanderbringen oder es wird sich die Unmöglichkeit der Zahlungen erweisen. Meine Hoffnung ist, so schloß der Reichskanzler, daß die Welt, wenn sie alle Systeme durchprobiert haben wird, sich zu einer großzügigen Lösung wird entschließen müssen.

Wird Hindenburgs Amtszeit verlängert?

U. Berlin, 11. Dez. Zu einer Meldung der „B.Z.“ am Mittag, daß die Reichspräsidentenwahl am 13. März und, falls notwendig, der zweite Wahlgang am 10. April stattfinden werde, wird von zuständiger Stelle erklärt, daß es sich hier nur um vorzeitige Kombinationen handle. Der Reichstag selbst habe den Zeitpunkt für die Reichspräsidentenwahl zu bestimmen und er werde das bei seinem nächsten

Tages-Spiegel

Vor dem Haushaltsausschuss des Reichstages hielt Minister Dietrich eine Rede über den Stand der Reichsfinanzen. Der Haushalt ist nach den Erklärungen des Ministers bis über den 1. Januar hinaus gesichert.

Reichskanzler Brüning erklärte gegenüber den Vertretern der Auslandspresse, daß die Reichsregierung fest gewillt sei, den Radikalismus in Schranken zu halten.

Der Aeltestenrat des Reichstages wird am nächsten Mittwoch erneut über die Einberufung des Reichstages beschließen. Anschlaggebend wird die Haltung der Sozialdemokratie sein.

In Berlin beginnen morgen die Stillhalte-Beratungen der Auslandsgläubiger. Der Basler Sonderausschuss beschäftigt sich gegenwärtig mit dem deutschen Reichshaushalt.

Die französische Regierung hat die Vereinigten Staaten davon unterrichtet, daß Frankreich einer Revision der Tribute nur bei entsprechender Herabsetzung der Kriegsschulden zustimmen werde.

Präsident Hoover ließ dem amerikanischen Kongress eine außenpolitische Sonderbotschaft vortragen, worin die Ratifizierung des Schuldenselbstjahres bis 15. Dezember gefordert und die Wiedereinkehrung des Kriegsschuldenauslasses zwecks Vorbereitung weiterer zeitweiliger Zugeständnisse empfohlen wird.

Zusammentritt Ende Februar tun, nachdem er sich zunächst einmal darüber ausgesprochen habe, ob es nicht nützlicher sei, die Wahl auf einen ruhigeren Zeitpunkt zu verschieben und die Amtszeit Hindenburgs entsprechend um etwa ein Jahr zu verlängern.

Die Befugnisse des Preislenkungs-Kommissars

— Berlin, 11. Dez. Der Preislenkungs-Kommissar, Dr. G. B. B. wurde gestern vom Reichskanzler zum Vortrag empfangen. Ueber die Befugnisse des Reichskommissars zur Preisüberwachung wird im Reichsgesetzblatt folgende Verordnung veröffentlicht.

„Der Reichskommissar kann Vorschriften oder Anordnungen über Preise für lebenswichtige Gegenstände des täglichen Bedarfs oder für lebenswichtige Leistungen zur Befriedigung des täglichen Bedarfs erlassen, insbesondere die den einzelnen Wirtschaftsstufen zuzurechnenden Preisspannen und Zuschläge regeln. Er kann auf die freiwillige Senkung durch die Beteiligten hinwirken oder die Preise, Preisspannen oder Zuschläge durch entsprechende Vorschriften oder Anordnungen senken. Er kann nach seinem Ermessen die Preise, Preisspannen oder Zuschläge unmittelbar herabsetzen, oder andere hierauf abzielende Maßnahmen treffen.“

Der Reichskommissar kann die Fortführung von Betrieben, durch die lebenswichtige Gegenstände des täglichen Bedarfs oder lebenswichtige Leistungen zur Befriedigung des täglichen Bedarfs in den Verkehr gebracht werden, untersagen, wenn der Inhaber oder Leiter des Betriebes den auf Grund dieser Verordnung erlassenen Vorschriften oder Anordnungen zuwiderhandelt, oder wenn sonst Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß der Inhaber oder Leiter des Betriebes die für den Betrieb erforderliche Zuverlässigkeit nicht besitzt. Er kann die Schließung der Betriebs- und Geschäftsräume solcher Unternehmungen anordnen.

Weiter enthält die Verordnung die Ermächtigung für den Preis-Kommissar, die Aushängung von Preisschildern für Läden, Schaufenster, für den Wochenmarkt, für Markthallen oder für den Straßenhandel vorzuschreiben, die auch die Art der Gegenstände nach der üblichen Einheit und nach Sorte, Güte und Herkunft enthalten sollen. Die obersten Landesbehörden weisen die Polizeibehörden an, die Durchführung der allgemein vorgeschriebenen Maßnahmen im Einzelfalle durch polizeiliche Verfügung anzuordnen und erforderlichenfalls durch die ihnen nach Landesrecht zustehenden Zwangsmittel durchzusetzen.

Beginn der Stillhalteverhandlungen in Berlin

U. Berlin, 11. Dez. Die Verhandlungen der Stillhaltegläubiger mit dem deutschen Stillhalteauschuss werden heute vormittag in der Reichsbank beginnen, nachdem der Präsident der Chase-Nationalbank, Wiggan, gestern zur Teilnahme an den Verhandlungen in Berlin eingetroffen ist.

Die Regelung der kurzfristigen Kredite

Diese Tage stehen im Zeichen großer Entscheidungen. Der Sonderausschuß der V33. in Basel ist zusammgetreten und soll ein Gutachten über die deutsche Zahlungsfähigkeit abgeben. In Berlin werden die Vertreter der Gläubiger und Schuldner der deutschen kurzfristigen Kredite über ein neues Stillhalte-Abkommen verhandeln. Und die Reichsregierung hat die neue Notverordnung erlassen. Den Nerven des deutschen Volkes ist schon viel zugemutet worden, aber was es jetzt Schlag auf Schlag verarbeiten soll, erscheint etwas viel. Die Fehler einer falschen Regie haben es zuwege gebracht, daß die großen innerpolitischen Auseinandersetzungen mit den außenpolitischen zusammenfallen. Die Gefahr liegt vor, daß die schlechende innerpolitische Krise akut wird und die Machtkämpfe eine Kabinettsumbildung herbeiführen in dem Augenblick, wo ein fester Regierungsbloc zur Überwindung des Ansturms von außen die einzige Hoffnung auf eine zielbewußte Abwehr bildet.

Auf das Gutachten des Sonderausschusses der V33. brauchen wir nicht sonderlich neugierig zu sein. Was die Arbeit von Sachverständigen wert ist, haben wir oft genug erfahren. Die politischen Kräfte sind stärker als die Einsicht der Sachverständigen. Das ist trotz der Weltwirtschaftskrise so geblieben. Was die Regierungen der Gläubigermächte aus dem Gutachten des Basler Sonderausschusses machen werden, darüber wird sich erst sprechen lassen, wenn das Gutachten vorliegt. Frankreich hat es mit der Einberufung einer neuen Reparationskonferenz nicht so eilig. Es legt Wert darauf, zunächst einmal abzuwarten, wie die Verhandlungen über die kurzfristigen Kredite sich abwickeln werden. Frankreich auf der einen Seite und die kommerziellen Gläubiger auf der anderen sind bestrebt, ihre Interessen zu wahren.

Wir dürfen uns nicht über unsere Lage täuschen und glauben, daß die deutsche Außenpolitik in der politischen Schuldenfrage so untätig wie bisher bleiben kann, weil die kurzfristigen Schulden von selbst einen genügenden Druck auf die neue Regelung der Tribute ausüben. Schon jetzt läßt sich feststellen, daß die kommerziellen Gläubiger schwerwiegende Forderungen zu stellen willens sind, um so schnell wie möglich große Teile ihrer Guthaben flüssig zu machen. Sie beharren auf dem Grundsatz, daß die kommerziellen Schulden den Vorrang einnehmen; je weniger sie ihren Standpunkt gegen die französische These im gegenwärtigen Stadium der politischen und wirtschaftlichen Kampflage durchsetzen, desto mehr werden sie aus der deutschen Wirtschaft herausgehoben werden. Es war voreilig, in Deutschland eine jährliche Rückzahlung von 700 Millionen Mark in Erwägung zu ziehen, ehe man über die weitere Entwicklung der Ausfuhr Klarheit gewonnen hat. Die kommerziellen Gläubiger sind dadurch nur zu höheren Forderungen gereizt worden, während in Frankreich der Eindruck erweckt wurde, daß es Deutschland möglich ist, ansehnliche Summen an Devisen zur Zahlung seiner ausländischen Verpflichtungen freizumachen. In Frankreich will man aber die privaten Schulden nur zu einem Teil anerkennen. Der französische Dessenlichkeit ist die Meinung eingeschlummert worden, daß Deutschland große Teile seiner privaten Auslandsschulden leichtfertig aufgenommen habe. Diese Einsicht kommt ziemlich spät. Frankreich hat aus dem System des unechten Transfers die größten Vorteile gezogen. Die Anregung, welche die internationale Spekulation durch die französische Währungspolitik erhielt, mußte zu einem phantastischen Kapitalerport auf der einen und zu einer übertriebenen Borgwirtschaft auf der anderen Seite ausarten. Als vor einigen Jahren die englische Finanz das Prioritätsproblem anschnitt, hielt man sich in Paris von einer Stellungnahme vorläufig zurück, aus Angst, daß mit dem Ende des Borgsystems auch der unechte Transfer, d. h. der Zufluß ausländischer Kredite nach Deutschland, die in Form von Tribut-

zahlungen nach Frankreich strömten, sein Ende finden könnte. Es möchte jetzt nur die Schulden anerkennen, die zur Zahlung der Tribute Verwendung gefunden haben; alle anderen sollen gegenüber den politischen zurückgesetzt werden. Der französische Plan läuft darauf hinaus, die Stillhaltung dadurch zu erlebigen, daß die „leichtfertig“ gewährten, privatwirtschaftlich unfruchtbar gewordenen Auslandskredite dem Insolvenzverfahren überlassen werden, damit Raum für eine weitere Zahlung von Tributen geschaffen werden kann.

Die Auslandsfinanz, die das französische Tributverlangen kräftig unterstützte und mithalf, die Kapitalmacht Frankreichs aufzubauen, wird schlecht belohnt. Es ist eine Ironie der Finanzgeschichte, die wir erleben, und man könnte darüber spotten, wenn sie für Deutschland nicht so bitter ernst wäre. Was man in Paris unter leichtfertig gegebenen und leichtfertig aufgenommenen Krediten versteht, läßt sich schwer erraten. Es können darunter alle privaten Kredite fallen, die in einer guten Konjunktur mit der Aussicht auf rentable Verwendung aufgenommen worden sind, später aber, beim Konjunkturabstieg, unrentabel wurden und „eingefroren“. Das politische System Frankreichs hat den Wirtschaftsverfall begünstigt und aus einem großen Teil der privatwirtschaftlichen Auslandskredite „leichtfertige“ Kredite gemacht. Mit größerem Recht kann man die Auslandskredite als „leichtfertig“ bezeichnen, die Deutschland ausnahm, um die Tribute zu bezahlen und den unechten Transfer bis zum Zusammenbruch fortzusetzen. Es ist selbstverständlich, daß Deutschland nicht alle privaten Auslandskredite sicherstellen kann. Es wird hier eine strenge Auswahl getroffen werden müssen, denn die deutsche Allgemeinheit ist nicht verpflichtet, den ausländischen Banken das Risiko abzunehmen, das mit jedem Finanzgeschäft verbunden ist. Es könnte sonst der Fall eintreten, daß die heute noch sicheren Forderungen notleidend werden und die Insolvenzwellen ins riesenhafte sich ausweiteten.

Die Gläubiger der kommerziellen Auslandsschulden Deutschlands fordern zwar den Vorrang. Es bleibt aber noch ungewiß, in welcher Form und in welcher Höhe diese Forderung sich durchsetzen lassen wird. Auf Grund dieser Unsicherheit haben sie ihre Ansprüche hinsichtlich der Termine und Höhe der Rückzahlungen sehr hoch angesetzt. In England und Amerika nimmt man ansehend eine 15prozentige Vierteljahrzinsrate als entgegenkommende Verhandlungsbasis an. Es ist selbstverständlich gar nicht daran zu denken, daß die Vertreter der deutschen Schuldner sich in dieser Weise festlegen können. In England beschäftigt man sich auch mit dem Gedanken, die deutschen Auslandsguthaben zum Zwecke der schnelleren Rückzahlung heranzuziehen. Soweit es sich dabei um fluchtloskapital handelt, können wir es den Gläubigern überlassen, diese knifflige Frage zu lösen. Wir müssen es aber ablehnen, deutsches Kapital im Auslande, das für die deutsche Wirtschaft tätig ist, zu verschleudern oder unseren Gläubigern zu übergeben. Diese Absicht besteht, obwohl der Wiggins-Layton-Bericht sich sehr entschieden gegen die Mobilisierung dieses deutschen Kapitalvermögens im Auslande gewandt hat. Der größte Teil der kommerziellen Kredite in Deutschland ist eingefroren, steckt in Maschinen, Betriebsgrundstücken, Handelsorganisationen. Sie anzutauen, liegt nicht allein in der Macht Deutschlands; das Ausland muß mitwirken, daß dieses Kapital beschlagnahmt wird, wenn es wieder zurückgezahlt werden soll. Es gibt für Deutschland heute nur einen Grundatz bei allen Finanzverhandlungen: Wir können fürderhin nur noch in Waren bezahlen, die man uns abkauft, oder es kann überhaupt nicht mehr gezahlt werden. Die Vermögenssubstanz des Volkes reicht nur noch für einen notdürftigen Lebensunterhalt aus.

Senkung der Zinssätze

Zur Frage der Zinssenkung erklärt Reichsbankkommissar Ernst, man erwarte, daß die Zinssenkung zu einer Verstärkung der Sicherheit des Kapitals führe. Die Zinssenkung sei in der Weise vorgenommen worden, daß nur die Zinsen über 6 v. H. herabgesetzt worden seien. Alle Zinsen, die über 6 v. H. erhoben würden, würden im Verhältnis 8 : 6 herabgesetzt. Über 12 v. H. würden die Zinse im Verhältnis 8 : 4 herabgesetzt. Die Einzelheiten der Zinssenkung würden noch durch Durchführungsbefehle geregelt werden. Um zu verhindern, daß infolge der Zinsherabsetzung übermäßige Kündigungen auf dem Kapitalmarkt einsetzten, habe man die Kündigungsfristen verlängert, und zwar durchschnittlich um 2 Jahre, jedoch nicht über den 31. Dezember 1935 hinaus. Ferner sei das Privilegium der Ausgabe von Inhaberschuldverschreibungen aufgehoben worden. Die Ausgabe von Pfandbriefen sei in Zukunft genehmigungspflichtig.

Die Tariffenkungen

Das Ausmaß der Tariffenkungen bei der Reichsbahn macht 300 Millionen aus. Dieser Betrag übersteigt, wie von unterrichteter Stelle betont wird, bei weitem den Betrag von 10 Prozent, der sonst für die allgemeinen Preisfenkungen vorgesehen ist. Von diesen 300 Millionen werden 185 Millionen für die Normalgütertarife verwandt, 85 Millionen zur Senkung der Kohlentarife und 30 Millionen zur Berücksichtigung weiterer Sonderwünsche. Die Sonderwünsche beziehen sich auf die Senkung der Gütertarife für Holz, Getreide, Mehl, Kalksteine und Torf im Binnenverkehr, sowie die Ausfuhrtarife für Garne und Stückgut. Die Senkungen der Normaltarife und Kohlentarife treten bereits am 16. Dezember in Kraft.

Entlastung der Reichsbank. Nach dem Ausweis für die erste Dezemberwoche hat sich die Kapitalanlage der Reichsbank insgesamt um 116 Millionen vermindert. Da gleichzeitig eine, wenn auch geringe Vermehrung des Gold- und Devisenbestandes eintrat, hob sich das Deckungsverhältnis der Noten, deren Umlauf um rund 40 Millionen zurückging, von 25,8 auf 25,6 Prozent.

Arbeitsbeschaffung durch internationale Hilfe?

Der Gedanke, daß der Weltwirtschaftskrise nicht anders beizukommen ist als dadurch, daß sich die Völker zusammenschließen, um sich auf eine Art Planwirtschaft zu einigen, gewinnt immer mehr an Boden. Es gilt, die Arbeitslosigkeit zu überwinden, unter der nicht nur Deutschland, sondern auch die anderen Völker zu leiden haben. Der Völkerbund hat sich vor einiger Zeit damit befaßt, diesen Fragen seine besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Durch internationale Finanzhilfe sollen Arbeitsbeschaffungspläne, wenn sie Förderung verdienen, zur Durchführung gebracht werden. Solche Pläne sind allerdings schon mehrfach im Internationalen Arbeitsamt in Genf erörtert worden. Sie sind aber stets gescheitert, weil es an den notwendigen Geldmitteln fehlte. Auch der sogenannte Europaausschuß, die Völkerbundsversammlung und der Völkerbundsrat haben sich neuerdings mit diesen Fragen beschäftigt. Das Ergebnis war, daß die Völkerbundsversammlung einen bereits bestehenden Unterausschuß mit einer Prüfung von Plänen beauftragte, die europäischen und außereuropäischen Ländern vorlagen. Dieser Unterausschuß hatte ursprünglich die Aufgabe, die Frage der öffentlichen Arbeiten in China einer Prüfung zu unterziehen. Er soll jetzt die eingebrachten Arbeitsbeschaffungsvorschläge dahin prüfen, ob befürwortet werden kann, daß der Völkerbund die Finanzierung von Projekten vermittelt. Der Unterausschuß hat am 14. und 15. Oktober unter Vorsitz des Generaldirektors der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft, Dr. v. Müller, erstmals in Genf getagt und sechs Vorschläge der in Frage kommenden Regierungen entgegengenommen. Mitte Dezember wird er wieder zusammentreten. Ob es ihm freilich gelingen wird, der allgemeinen Arbeitslosigkeit zu steuern, bleibt abzuwarten. Immerhin ist es zu begrüßen, daß man endlich etwas mehr Tatkraft zeigt, um weiterzukommen.

Die deutsche Hungerausfuhr

Basel, 10. Dez. Vor dem Sonderausschuß der V33. behandelte Dr. Melchior die deutsche Handelsbilanz. Er zählte verschiedene Ursachen auf, die den besonders günstigen Stand bewirkten und belegte sie mit Beispielen. Zu bemerken ist der Unterschied zwischen dem Sinken der Preise der in Deutschland eingeführten Waren, hauptsächlich der Rohstoffe gegenüber den von Deutschland ausgeführten Erzeugnissen, hauptsächlich Fertigfabrikaten, ferner die fortschreitende Verminderung der Wareneinfuhr und schließlich der Rohstoffe und der ständige Verkauf der deutschen Läger, namentlich von Beständen an Fertigfabrikaten. Die höheren Zinssätze und das dringende Bedürfnis nach Bargeld zwingen die deutschen Ausfuhrfirmen, ihre Waren oft um Schleuderpreise zu verkaufen, um sich verfügbare Mittel zu verschaffen.

Die Gründe des Aktivsaldo der deutschen Handelsbilanz stellen wohl eine vorübergehende Erscheinung dar. Dr. Melchior wies auf die deutschen Vorschläge hin, die die Aufnahme neuer Kredite im Auslande ausschließen. Außerdem lasse sich in keiner Weise übersehen, wie die Stillhalteverhandlungen, die jetzt in Berlin beginnen, ablaufen werden, so daß also bezüglich der endgültigen Regelung der Forderungen der auswärtigen Gläubiger Ungewissheit herrsche, was natürlich gleichfalls die Ausfuhr lähme. Ein weiteres ungünstiges Moment sei das Verlassen der Goldwährung seitens verschiedener Länder. Der Wettbewerb werde sich ungünstigen des deutschen Handels sicher auswirken. Endlich verursache die Erhöhung der Zollmauern, das Kontingentsystem und andere Hemmnisse des freien Handels eine starke Verwirrung in den internationalen Handelsbeziehungen.

Hoovers Finanzvorläufe

Fast 4,5 Milliarden Dollar Fehlbetrag im amerikanischen Staatshaushalt

Washington, 10. Dez. Präsident Hoover hat dem amerikanischen Kongreß seine angelegentlichste große Finanzvorlage überreicht, in der neue Steuern zur Abdeckung des gewaltigen neuen Fehlbetrages im amerikanischen Staatshaushalt vorgesehen sind. Im einzelnen wird angeführt, daß der Fehlbetrag im Laufe der Jahre 1931/32 insgesamt 4412 Millionen Dollar erreichen werde. Als Ausgleich sind folgende Steuermaßnahmen vorgesehen:

Die Erhöhung der Einkommensteuer von 15, 8 und 5 Prozent auf 2, 4 und 6 Prozent. Der Steuerzuschlag für die hohen Einkommen wird um 100 Prozent erhöht. Die untere Steuergrenze wird herabgesetzt. Die Körperschafts- und Grundstückssteuer werden auf den Stand des Jahres 1921 erhöht. Ferner werden Sondersteuern auf Kraftwagen, Rundfunkanlagen, Grammophone und ihr Zubehör eingeführt. Die Zigaretten- und Vergnügungssteuern werden gleichfalls erhöht. Alle diese Steuererhöhungen stellen, wie Hoover betonte, Notmaßnahmen dar, die spätestens im Juli 1934 wieder fortzufallen sollen.

Der Voranschlag für die Ausgaben im Jahre 1933 beläuft sich auf fast 4 Milliarden Dollar. Der größte Posten ist die Armee mit 424 Millionen, dann kommt die Marine mit 353 Millionen. Die Bundeseinnahmen des Rechnungsjahres 1932 werden voraussichtlich um 1717 Millionen Dollar hinter dem Voranschlag zurückbleiben. In dieser Summe sind allerdings auch die Ausfälle des Hooverjahres in der Höhe von 247 Millionen Dollar einbegriffen. Trotz der Steuererhöhungen verbleibt ein Teil des Gesamtfehlbetrages ungedeckt, der voraussichtlich 1320 Millionen betragen wird und durch eine Anleihe ausgeglichen werden soll.

Kleine politische Nachrichten

Politischer Zusammenstoß in Charlottenburg. In Charlottenburg kam es am Mittwoch in den Abendstunden in der Nähe des Wilhelmplatzes zwischen etwa 30 Kommunisten und 20 Nationalsozialisten zu einer schweren Schlägerei, bei der auch Schüsse gewechselt wurden. Einem größeren Polizeiaufgebot gelang es erst nach längerer Zeit, die Streitenden zu trennen und 9 Kommunisten und 4 Nationalsozialisten festzunehmen. 8 Kommunisten mußten schwer verletzt in das Westendkrankenhaus gebracht werden, wo einer von ihnen gestorben ist.

Reichstagsabgeordneter Stöhr von einem Schlaganfall getroffen. In Raumburg wurde der Vizepräsident des Reichstages, der nat.-soz. Reichstagsabgeordnete Stöhr von einem Schlaganfall betroffen, der ihn linksseitig lähmte und ihm die Sprache nahm.

Bevölkerungszunahme in Frankreich. Nach dem amtlichen Schlussergebnis der französischen Volkszählung vom März 1931 ist die Gesamtbevölkerung Frankreichs seit dem Jahre 1926 von 40 743 897 auf 41 834 945 Personen angewachsen.

In dem bevorstehenden Besuch Zaleskis in London meldet die Times, Zaleski werde mit Außenminister Simon die laufenden internationalen Fragen besprechen. Polen betrachte mit zunehmender Beforgnis das Wachstum der Hitlerbewegung in Deutschland und Zaleski werde sich daher, wie man glaube, für ein fünf- oder zehnjähriges Moratorium einsetzen, das mit einem finanziellen parallel laufen würde.

Der Zwölferrat des Völkerbundes hat sowohl den Entschleunigungsentwurf als auch die ergänzende Erklärung des Ratspräsidenten zur mandatschürischen Frage geprüft und endgültig gebilligt. Ein vom Völkerbundsrat einzusetzender fünfköpfiger Ausschuss soll an Ort und Stelle die Untersuchungen vornehmen und dabei durch je einen Vertreter Japans und Chinas ergänzt werden. Der Ausschuss darf jedoch ausdrücklich nicht in Verhandlungen zwischen China und Japan eingreifen, ebensowenig in militärische Maßnahmen der einen oder anderen Partei.

Die neue spanische Verfassung angenommen. Die spanische Nationalversammlung nahm die Schlussabstimmung über die neue Verfassung vor, die mit 308 Ja-Stimmen und keiner Nein-Stimme angenommen wurde. Die Oppositionsparteien, die baskischen Katholiken und die Agrarier hatten vor der Abstimmung den Saal verlassen.

Weihnachts-Geschenke kaufen Sie bei:

KARL ZAHN

Lederstr. 42
Telefon 300

Uhren, Optik
Gold- und Silberwaren, Bestecke

Vertretung der Alpina-Uhren
Besteinggerichtete Reparatur-Werkstätte

Beleuchtungskörper

elektrische Bügeleisen und Kocher
Haus- und Küchengeräte
Waschmaschinen / Wäschepressen
Mangeln

Wilhelm Wackenhuth, Biergasse

Wilhelm Ziegler

CALW
Fernspr. 211

RADIO

Elektro-
Installation

Stark- u. Schwachstrom

Garnhaus **Heinr. Rühle**

empfiehlt

Wollgarne

Strümpfe und Socken
Westen und Pullover
in großer Auswahl

Auch bei mir kaufen Sie für

Weihnachten

bei großer Auswahl billig und gut

Wilhelm Sachs

Fernsprecher 203 / Konditorei

Franz Schoenlen - Calw
Altburgerstraße 4

Manufaktur- und Aussteuerartikel

Tischtücher und Servietten / Teegedecke / Tischdecken
Hand-, Frottiert- und Taschentücher
Leib- und Bett-Wäsche aller Art.
Steppdecken / Fertige Betten / Bettvorlagen

Für den Weihnachts-Tisch
empfehle ich

schöne Pralinen-Geschenkpäckungen
ff. Spezial-Früchtenbrot, Lebkuchen,
Weihnachtsgebäck, Liköre u. Weine
in großer Auswahl

Konditorei und Café Wilhelm Bauer, Fernspr. 37

Schuhwaren

sind ein praktisches und stets beliebtes Weh-
nachtsgeschenk. Herren-, Damen- und Kinder-
schuhe, warmgefütterte Kragensstiefel, Ueber-
schuhe, Skistiefel, Sportstiefel, sowie größte
Auswahl in Kamelhaarschuhen finden Sie in
besten Qualitäten zu billigsten Preisen bei

Carl Schaub, Altburgerstr. 12.

CARL GÜNTHER

Herren- und Damenfriseursalon
Altburgerstraße 8 / Telefon 268

Parfümerien und Toiletten-Artikel
Spez.: Föhn- und Wasserwellen



Hüte
Sportmützen
W. Schäberle
Hutmacher

ERNST SCHNEIDER

Elektrische Anlagen
Marktplatz Telefon 269

Radio-Apparate / Heiz- und Koch-
Apparate / Bügeleisen / Haartrockner
Beleuchtungskörper / Taschenlampen

Fachmännische Beratung in allen elektrischen Fragen

Was Sie kaufen soll gut sein!

Ganz besonders
gilt dies für alle
Hauswirtschafts-
waren!

Denn gerade
diese erfordern
beste Qualitäten,
sollen sie
doch lange halten

Und das wünscht
jede Hausfrau!

Beehren Sie mich bitte mit Ihrem Besuch

Carl Herzog

Eisenhandlung Lederstraße



Die schönsten und begehrtesten
Weihnachtsgeschenke
finden Sie in

Uhren, Optik, Goldwaren,
Silbernen Bestecken
(W. M. F. und OKA) bei

Carl Eppinger, Badstraße 14 u. 17



Chr. Widmaier
Mechanische Werkstätte

Weihnachts-Geschenke

die praktisch sind und große Freude machen,
kaufen Sie äußerst billig bei

Fr. Wegel, Badstraße

Herren- und Knaben-Bekleidung

Spar- und Consum-Verein Calw

Wir empfehlen unseren Mitgliedern:
sämtliche Backartikel
in guter Qualität bei billigstem Preis

Spielwaren + Baumschmuck
Geschenkpäckungen
Weinkellerei + Liköre

Es gibt heute kein Geschäft mehr, das ohne aus-
gedehnte Werbung Verkaufserfolge erzielen könnte.

Die erfolgssicherste Werbeart ist und bleibt die Anzeige in der Tageszeitung!

Amtl. Bekanntmachungen

Das Wirt., Gewerbe- und Handelsaufsichtsamt Stuttgart hat mit Erlaß vom 3. Dezember 1931 Nr. 22 859 gestattet, daß in sämtlichen Bäckereien und Konditoreien des Landes am Mittwoch, den 23., Donnerstag, den 24. und Donnerstag, den 31. Dezember 1931 wegen des starken Geschäftsanfalls um 3 Uhr morgens mit den Arbeiten zum Herstellen von Bäcker- und Konditoreiwaren begonnen wird.

Die Erteilung der Erlaubnis wird an nachstehende Bedingungen geknüpft:

1. Die Dauer der Arbeitszeit an den genannten Tagen ist so weit als möglich zu beschränken.
2. In den größeren Bäckereien ist, soweit es die räumlichen Verhältnisse erlauben, dem Geschäftsanfall auch durch Mehrereinstellung von arbeitslosen Gehilfen zu begegnen.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Unternehmer gesetzlich verpflichtet sind, für die über 8 Stunden täglich hinausgehende Arbeitszeit den tariflichen festgesetzten Lohnzuschlag und in denjenigen Betrieben, für die ein Tarif nicht besteht, einen Lohnzuschlag von 25 v. H. zu bezahlen.

Calw, den 10. Dezember 1931.

Oberamt: Schmidt, Regierungsrat.

Stadtgemeinde Calw.

Anbauvorschriften für das Kapellenberggebiet

Die vom Gemeinderat beschlossene Ortsbauordnung über Anbauvorschriften für das Kapellenberggebiet in der Fassung vom 24. 9. 1931 — bekannt gemacht im Calwer Tagblatt vom 9. 10. 1931, Nr. 236 — ist vom W. Innenministerium Abt. f. d. Hochbauwesen mit Erl. v. 3. 11. 1931 Nr. 4650 genehmigt worden.

Ein Abdruck der genehmigten Ortsbauordnung ist eine Woche lang bis 19. Dezember 1931 am Rathaus angeschlagen. Sie kann jederzeit auf dem Stadtbauamt oder Bürgermeisteramt eingesehen werden.

Calw, den 10. Dezember 1931.

Bürgermeisteramt: Gühner.

Zwangsvollstreckung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das auf Markung Calw belegene, im Grundbuch von Calw, Heft 59, Abteilung I Nr. 1, zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen des Jakob Henkelmann, Schmiedemeisters in Calw, und seiner Ehefrau Emma, geb. Huber, je zur Hälfte auf Grund landrechtlicher Erbschaftsgesellschaft, eingetragene Grundstück:

Ob. Nr. 82 Bischofsstraße: Wohnhaus mit gepflastertem Keller, Waschküche, Hofraum und Mauer 4 a 34 qm als Schmiede und Autoreparaturwerkstätte eingerichtet

Parz. Nr. 80 Gemüsegarten hinter der Bischofsstraße 3 a 08 qm
7 a 32 qm

am 22. Oktober 1931, samt Zubehör gemeinderechtlich geschätzt zu 27000 Mk.,

am Donnerstag, den 17. Dezember 1931, vormittags 9 1/2 Uhr,

auf dem Rathaus in Calw, Notariatskanzlei, versteigert werden.

Der Versteigerungsvermerk ist am 1. Oktober 1931 in das Grundbuch eingetragen.

Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Diejenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einwillige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des verfallenen Gegenstandes tritt.

Calw, den 27. Oktober 1931.

Kommissär:

Bezirksnotar: Grathwohl.

Schneeschuh-

(Ski)

- Ausrüstung
- Bekleidung
- Zubehör

in größter Auswahl.

Schneeschuhe sind Vertrauensartikel und werden deshalb von mir persönlich in einer für Qualitätsarbeit bekannten allerersten Fabrik ausgewählt. Neben meinen Markenstifeln führe ich sehr preiswerte

Volks-Ski

von Mk. 12.50 an inkl. Bindung und Stöcke. Sondermäßig wird bereitwillig Rechnung getragen. Ehe Sie Ihren Bedarf anderweitig decken, besuchen Sie bitte mein Lager! Freie Besichtigung, kein Kaufzwang!

Reichert an der Brück

Weihnachts-Gold-Lotterie

zugunsten des Heiligkreuz-Münsters in Schw. Gmünd
Ziehung samst. unwillkürlich am 22. Dezbr. 1931
1942 Geldgew. u. 1 Prämie zusammen RM.

12500
6000
5000
1000

Lospreis 1 RM., Porto u. Liste 30 Pf., extra. Zu hab. b. Eberhard Fejer Stuttgart, Friedrichstr. 56

u. den bek. Verkaufsstellen

Besuchen Sie bitte unbedingt

Adolf Jungingers

Polstermöbellager

Altburgerstraße 14

Hier bei: Wilh. Wanz, Fabrik und Zigarren.

Zu Weihnachten

empfehle:

- Gesangbücher
- Gebet- und Predigt-Bücher
- Neukirchner Abreiß-Kalender
- Losungsbüchlein
- Jugendchriften
- Bilderbücher
- Spiele, Krippen
- Einklebe- und Schreibalbum
- Koch- u. Kochrezept-Bücher
- feine Briefpapiere
- Füllfederhalter

C. Bub

Buchbinderel und Schreibwaren

Salzgasse

An die Damen!

In meinem Schaufenster finden Sie das schönste und praktischste

Weihnachtsgeschenk für den Herrn

Fr. Wetzel, Calw, Badstraße 15

Herrnkleidung

Linoleum

Sonderverkauf

Linoleum fehlerfrei, 200 breit, qm 2.50 2.20 1.95

Linoleum-Teppich ohne Kante 200/300 15.— 13.20 11.70

Linoleum-Teppich mit Borde 200/300 22.— 19.—

Stragula

200 breit moderne Muster qm 1.89

mit kleinen Fehlern qm 1.75

Emil G. Widmaler, Bahnhofstraße

Spielwarenhaus Stüber,

- Biergasse empfiehlt zu billigsten Weihnachtspreisen:
- Wiegensperde
- Rindertische
- Rinderhänke
- Rinder-Klappstühle
- Holländer
- Bubiräder

Dampferhütten

Puppenwagen

Puppenzimmer

Küche

Kaufladen

Burgen

Ställe

Hühnerhöfe

neu eingetroffen:

Puppenzimmer-

Garnituren

von 50 Pfg. an

Märklin

-Baukasten

-Eisenbahnen

-Dampfmaschinen

Sonntags geöffnet!

Radfahrerverein „Waldblust“ Röttenbach

Am Sonntag, den 13. Dezember 1931, findet im Gasthaus a. „Hirsch“ in Röttenbach unsere

Weihnachts-Feier

verbunden mit musikalischen und theatralischen Aufführungen sowie Gabenverlosung statt.

Jedermann ist herzlich dazu eingeladen. Kinder unter 14 Jahren haben keinen Zutritt.

Eröffnung 5 Uhr. Anfang 8 Uhr. Der Vorstand.

Empfehle mein feines bekanntes

Schnitz-Brot

Gottlob Niethammer

Marktplatz 15 / Telefon 104

Ach hätte ich doch...

Damit kommen Sie nicht weiter. Vertrauen Sie der hohen Werbekraft der Zeitungsanzeige. Konzentrieren Sie Ihre Werbegelder auf die Anzeigenwerbung. Sparen Sie, wo Sie können, aber sparen Sie im eigenen Interesse nicht mit Anzeigen im

Calwer Tagblatt

Altburg

Guterhaltene Ser

Anfuß-Maschine

verkauft Hans Robert

Gleichzeitig bringe ich meine

Strickwaren

sowie das

Anfüßen von Strümpfen

aller Art in empfehlende

Erinnerung.

Gutgepflegte

Briefmarken-

sammlung

gegen bar

zu kaufen gesucht.

Angebote unt. C. S. 200

an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Turnverein Calw von 1846 e. V.

Am Samstag, den 12. ds. Mts., findet von abends 8 Uhr an im Badischen Hof unsere

Weihnachtsfeier

statt, wozu unsere Mitglieder mit Angehörigen, sowie Freunde der Deutschen Turnfrage herzlich eingeladen werden

Calw, den 11. Dezember 1931.

Der Turnrat.

Raninchen-Zuchtverein Calw

Kommenden Sonntag, den 13. Dezember, findet hier in der Städt. Turnhalle eine große

Ausstellung



von Raninchen- und Raninchen-Produkten statt.

Eintritt 20 J., Arbeitslose und Kinder 10 J. Ferner findet Samstag, den 12. Dezember, bei Mitglied W. v. z. Untere Besuche eine Werbe-Versammlung mit Vortrag über: Nationale Raninchenzucht statt. Zu zahlreichem Besuch beider Veranstaltungen wird herzlich eingeladen. Der Vorstand.

Altburg

Zur Gemeinderatswahl!

Wähler und Wählerinnen von Altburg, Weltenschwann und Spindlershof!

Wenn Ihr wollt, daß auf dem Rathaus keine Parteipolitik betrieben wird, dann wählt

Liste 3.

Gibt einem 2 Stimmen, dem anderen 1 Stimme.

Altburg

Am Sonntag, den 13. Dezember, findet

im Gasthaus Georg Rentschler eine

50er-Feier

statt, wozu Altersgenossen u. -Genossinnen zu einem gemütlich. Beisammensein freundl. eingeladen werden. Mehrere 50er

LUGER

beim Marktplatz

Frische fette

Büchlinge

Pfd. 30 Pfg.

und

5% Rabatt



Im Alter leiden viele Menschen unter starker Verschleimung. — Abends u. morgens 1-2 Kaiser's Brust-Caramellen und der Schleim löst sich angenehm. Gebrauchen Sie deshalb ständig die bewährten

Kaiser's Brust-Caramellen

Zu haben bei: Neue Apotheke Th. Hartmann; Alte Apotheke Fr. C. Reichmann; Hermann Häußler; Eugen Hayd; Wilh. Sachs; Ernst Pfeiffer; Deckensprunn; Carl Donpus; M. Gulde; Gechingen; Gottl. Schwarz; Teinach; Apotheker W. Wagner und wo Plakate sichtbar.

Der Weihnachtsbaumverkauf

für die Einwohner der Stadt findet in meiner Gärtnerei statt. Vorrätig

schöne

Weiß- und Kottannen

alle Größen bei billigsten

Preisen u. schöner Auswahl.

Philipp Mast.

Die Anzeige in der Tageszeitung

ist die erfolgreichste Werbeart